

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 20.03.2009
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am Dienstag, 17. Februar 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:10 Uhr - 18:50 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 16.12.2008 - öffentlicher Teil**
41/2009
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4.1 Wettbewerb „Europas schönster Wochenmarkt“**
61/2009
- 4.2 Mündliche Mitteilungen**
- 5. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Köln zur Teilnahme am Pilotbetrieb der bundeseinheitlichen Behördenrufnummer 115**
684/2008
- 6. Jahresabschluss 2007 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
52/2009

7. **Beteiligungsbericht 2006**
57/2009
9. **Satzung über die Sondernutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach durch Sichtwerbung im Zusammenhang mit Wahlen (Sondernutzungssatzung - Wahlsichtwerbung)**
746/2008
10. **Plakatierung im Stadtgebiet**
23/2009
11. **Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen**
32/2009
12. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide -**
- Beschluss zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung
- Beschluss des ergänzten Durchführungsvertrages
- Beschluss als Satzung
7/2009
13. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
13.1 **Antrag der SPD-Fraktion vom 08.12.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**
3/2009
13.2 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 29.01.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**
59/2009
13.3 **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 02.02.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**
63/2009
14. **Anträge der Fraktionen**
14.1 **Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2009 zum „Konjunkturpaket II“**
62/2009
8. **Einwohnerfragestunde**
60/2009
- 14.2 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.02.2009 zur Überprüfung des Stadtgebietes auf Unterschützstellung ortsbildprägender Bauten und Bereiche und damit eine mögliche Erweiterung der Denkmalliste**
64/2009
- 14.3 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.02.2009 zur Wiedereinführung der Baumschutzsatzung**
65/2009
15. **Anfragen der Ratsmitglieder**

- | | |
|-------------|--|
| 15.1 | Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.02.2009 zum Thema „E-Government in Bergisch Gladbach“
<i>79/2009</i> |
| 15.2 | Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.02.2009 zum Thema „Verwaltungssuchmaschine NRW“
<i>80/2009</i> |
| 15.3 | Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.02.2009 zum Thema „Mobile Knöllchen“
<i>81/2009</i> |
| 15.4 | Mündliche Anfragen |

B Nichtöffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 16.12.2008 - nichtöffentlicher Teil**
42/2009
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4. Beförderung eines Beamten**
43/2009
- 5. Anträge der Fraktionen**
- 6. Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Orth eröffnet die 27. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Ditzler (CDU-Fraktion), Herr Hoffstadt, Herr Neu (beide SPD-Fraktion), Herr Rickes und Herr Schnöring (beide Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt. Von Seiten der Verwaltung haben sich Herr Kreilkamp (Leitung Fachbereich 1) und Herr Dr. Speer (Leitung Fachbereich 4) für die heutige Sitzung entschuldigt.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 05.02.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen und den bis dahin vorliegenden Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen,
- eine Aktualisierung/Ergänzung der Anlage zur Tagesordnung - übersandt mit Schreiben vom 13.02.2009 - mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Hauptausschusses am 05.02.2009 sowie des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 12.02.2009 und den Vorlagen Nr. 79/2009, 80/2009 und 81/2009 (schriftliche Anfragen der CDU-Fraktion vom 03.02.2009 (TOP A 15.1 bis A 15.3)) sowie weiteren ergänzenden Unterlagen zu den TOP A 6 und A 11.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 16.12.2008 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 16.12.2008 - öffentlicher Teil

Herr Orth verliest die folgende Aktualisierung des Durchführungsberichtes:

„Zu TOP A 32

Abordnung städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der K-A-S sowie des Sachgebiets Unterhaltsheranziehung zum Rheinisch-Bergischen Kreis
689/2008

Der öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis ist am 12.02.2009 unterzeichnet worden. Die Abordnung

der Beschäftigten ist rückwirkend zum 01.02.2009 verfügt worden.“

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1 Wettbewerb „Europas schönster Wochenmarkt“

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4.2 Mündliche Mitteilungen

Mitteilung zum sog. „1.000-Schulen-Programm“ des Landes Nordrhein-Westfalen

Herr Orth erläutert, das Land Nordrhein-Westfalen habe mitgeteilt, dass die anteiligen Mittel des sog. „1.000-Schulen-Programmes“ pro Schule gekürzt werden müssten, da das Förderprogramm völlig überzeichnet sei. Dies habe für die Stadt Bergisch Gladbach zur Folge, dass von den ursprünglich in Aussicht gestellten 1,2 Millionen EUR nunmehr lediglich 750.000,- EUR zur Verfügung stehen würden. Dies habe Auswirkungen auf die Planungen, zwölf Schulen entsprechend der ursprünglichen Fördermittelhöhe auszustatten. Zunächst würden in 2009 wie geplant die vorgesehenen Maßnahmen an sechs Schulen durchgeführt; außerdem sei für 2010 die Durchführung von Maßnahmen an einer weiteren Schule gesichert. Dies bedeute aus seiner Sicht jedoch nicht, dass die für die fünf übrigen Schulen geplanten Maßnahmen endgültig gestrichen werden müssen. Vielmehr wäre im Rahmen der Beratungen zum Wirtschaftsplan 2010 des Liegenschaftsbetriebes über eine alternative Finanzierung zu beraten und zu entscheiden.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Köln zur Teilnahme am Pilotbetrieb der bundeseinheitlichen Behördenrufnummer 115

Herr Dr. Baeumle-Courth äußert die grundsätzliche Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Er bittet um Auskunft, ob es sich bei der einheitlichen Behördenrufnummer um eine Art „Call-Center“ handle; in der Vorlage werde diese als „Service-Center“ bezeichnet, wobei ihm die Unterschiede nicht abschließend deutlich seien. Zudem fordert er, die Kosten aufmerksam im Blick zu behalten; so seien laut Vorlage nur die ersten 100 Anrufe für den Verbundpartner kostenfrei, danach beliefen sich die Erstattungskosten für die Stadt Bergisch Gladbach auf 1,28 EUR pro Produktivminute. Auch auf Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem Mobiltelefon die Rufnummer 115 wählen, würden wohl auch bei Vorliegen einer Festnetz-Flatrate höhere Kosten zukommen, da es sich vermutlich um eine Sondernummer handle.

Herr Dr. Fischer bittet darum, den Ratsmitgliedern nach einem halben Jahr einen Erfahrungsbericht über das Projekt vorzulegen.

Frau Thoben (Leiterin Informationstechnik und Statistik) antwortet, das Service-Center sei mit einem üblichen Call-Center nicht zu vergleichen; es handle sich nicht um eine ausschließlich andere Benennung. Die gebotenen Dienstleistungen seien qualitativ hoch bzw. höher als die Qualität, die üblicherweise mit der Bezeichnung Call-Center verbunden werde. Die Kosten eines Anrufs bei der einheitlichen Behördenrufnummer würden von Flatrates nicht umfasst; auch für Anrufe von Mobiltelefonen entstünden zusätzlichen Kosten in Höhe von 0,07 EUR pro Minute. Einen Erfahrungsbericht werde die Verwaltung nach einem halben Jahr Probetrieb vorlegen.

Herr Galley fragt, ob die Mitarbeiter des Service-Centers tarifvertraglich entlohnt würden oder ob diesbezüglich die bekanntermaßen „prekären Arbeitsverhältnisse“ von Call-Centern herrschen würden.

Frau Thoben antwortet, es handle sich um Arbeitsverhältnisse nach dem TVöD.

Herr Lang verweist auf eine Verfügung des Bürgermeisters, nach der alle Mitarbeiter, wenn sie nicht an ihrem Arbeitsplatz seien, ihr Telefon umstellen bzw. die Anrufer, die in ihrem Anrufspeicher angezeigt würden, zurückrufen sollten. Dies werde nicht eingehalten, was er wiederum schon häufig kritisiert habe. Die BfBB-Fraktion habe auch Zweifel an der Funktionsfähigkeit der einheitlichen Behördenrufnummer, werde dem Beschlussvorschlag jedoch zustimmen.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Teilnahme am Pilotbetrieb der einheitlichen Behördennummer 115 in der Modellregion West II wird beschlossen. Dem Abschluss der der Vorlage beige-fügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Köln wird zugestimmt.

6. Jahresabschluss 2007 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

Als Vorsitzender des Finanz- und Liegenschaftsausschusses verweist Herr Waldschmidt auf den Hinweis der Verwaltung in der Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung, wonach der Rat nicht der Beschlussempfehlung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses, sondern dem ursprünglichen Beschlussvorschlag in der Fassung der Vorlage folgen solle.

Herr Orth lässt daraufhin über den ursprünglichen Beschlussvorschlag in der Fassung der Vorlage abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft mbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

- 1. in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2007 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH festzustellen; die Gewinn-**

und Verlustrechnung weist zum 31.12.2007 einen Jahresverlust in Höhe von 161.156,76 EUR aus, der aus der Kapitalrücklage abzudecken ist

- 2. den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu entlasten und**
- 3. für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2008 die Dr. Leyh, Dr. Kossov & Dr. Ott KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, zu beauftragen.**

7. Beteiligungsbericht 2006

Herr Schütz fragt, in welchen Beteiligungsgesellschaften in letzter Zeit Gesellschafterversammlungen stattgefunden hätten und ob es möglich sei, darüber einen kurzen Ergebnisbericht - insbesondere über mögliche außergewöhnliche Ereignisse - zu erhalten. Es sei zudem noch nicht geklärt, wie der Informationsfluss aus den Gesellschaften zu den Ratsmitgliedern gewahrt werde, wenn nur ein Ratsmitglied die Stadt in der Gesellschaft vertrete.

Herr Orth antwortet, die Verwaltung informiere die Ratsmitglieder sehr zeitnah über wirtschaftlich bedeutsame Vorgänge in den Beteiligungsgesellschaften, zuletzt in der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses.

Herr Dr. Fischer schlägt vor, den Beteiligungsbericht zum Bergischen Löwen und den Beteiligungsbericht zur Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Hauptausschuss noch einmal näher zu behandeln.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Satzung über die Sondernutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach durch Sichtwerbung im Zusammenhang mit Wahlen (Sondernutzungssatzung - Wahlsichtwerbung)

Als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr weist Herr Mömkes auf die von dem Beschlussvorschlag in der Vorlage abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses hin. Die Beschlussempfehlung sehe vor, die letzten drei Punkte in § 5 Absatz 4 zu streichen und stattdessen § 5 Absatz 3 Satz 3 wie folgt zu ergänzen: „Auf Verkehrsinseln, im Bereich von Kreuzungen, vor Einmündungen und Einfahrten, vor Bahnübergängen und am Innenrand von Kurven ist darauf zu achten, dass es zu keiner Sichtbehinderung kommt.“

Herr Orth lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr abstimmen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **modifizierten Beschluss**:

Die Sondernutzungssatzung – Wahlsichtwerbung wird in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr be-

schlossen.

10. Plakatierung im Stadtgebiet

Herr Mömkes und Herr Orth weisen auf die von dem Beschlussvorschlag in der Vorlage abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr hin, die in der Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung der heutigen Sitzung dargestellt werde.

Herr Dr. Fischer äußert die Ablehnung der FDP-Fraktion, da die deutlichen Erhöhungen der Gebühren für Plakatierungen von teilweise über 100% überhöht seien und damit heimische Wirtschaft und Handel beeinträchtigen würden. Die bisherigen Gebührensätze seien ausreichend und sollten beibehalten werden.

Herr Lahres beantragt, der Rat möge eine Befreiung der Plakatierungen zu „Abitur-Finanzierungs-Feiern“ von der Gebührenpflicht beschließen.

Herr Mömkes spricht sich gegen diesen Antrag aus. Es sei allgemein bekannt, dass bei derartigen Feiern enorme Gewinne erzielt würden.

Herr Schmickler ergänzt, dass viele dieser Veranstaltungen in kommerziellen Veranstaltungsräumen stattfänden und daher auch kommerzielle Veranstalter ihren Gewinn aus derartigen Feiern zögen.

Herr Orth lässt daraufhin zunächst über den Antrag von Herrn Lahres abstimmen.

Für den Antrag stimmen die Fraktion KIDitiative und Teile der FDP-Fraktion. Mit Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag bei drei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Orth lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion KIDitiative folgenden **modifizierten Beschluss**:

Der 1. Nachtrag zum Entgelttarif für sonstige Benutzungen von Straßen in der Baulast der Stadt Bergisch Gladbach gemäß § 23 StrWG NRW wird in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschlossen.

11. Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Herr Schütz äußert die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch die Fraktion KIDitiative. Es seien insgesamt zu viele Sonntage verkaufsoffen; im Frühjahr und Sommer sei in etwa jeder zweite Sonntag irgendwo im Stadtgebiet verkaufsoffen. Damit werde die Sonntagsruhe unzulässig ausgehöhlt. Dies sei für die Arbeitnehmer nicht nur unsozial, sondern auch unchristlich, richte sich gegen kleine und mittelstän-

dische Unternehmen und diene nur den großen Handelsketten. Der Antrag der Fraktion KIDitiative in der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses auf eine erträgliche Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage sei abgelehnt worden, weshalb die Fraktion KIDitiative gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde.

Herr Mömkes stimmt den Aussagen von Herrn Schütz im Grundsatz zu. Der Schutz der Sonntagsruhe und der Arbeitnehmerschutz seien hohe Güter. Das der Verordnung zu Grunde liegende Gesetz sei jedoch ein Landesgesetz, das sich der Zuständigkeit des Rates entziehe. Hier werde die CDU-Fraktion möglicherweise versuchen, entsprechende Änderungen auf anderer Ebene zu erreichen.

Herr Schütz entgegnet, die CDU-Fraktion hätte dem Antrag der Fraktion KIDitiative im Hauptausschuss zustimmen können. Die Stadt könne die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage im Stadtgebiet reduzieren. Er sei jedoch erfreut über die Aussage von Herrn Mömkes, dass dieser sich auf Landesebene für eine Gesetzesänderung einsetzen wolle.

Herr Waldschmidt kritisiert die Argumentation von Herrn Schütz. Es sei für die Beschäftigten völlig unerheblich, ob pro Jahr vier Sonntage im gesamten Stadtgebiet oder vier Sonntage pro Stadtteil verkaufsoffen seien. Die Beschäftigten würden in beiden Fällen an vier Sonntagen im Jahr arbeiten. Die SPD-Fraktion habe die Fraktion KIDitiative im Hauptausschuss aufgefordert, konkreten Vorschläge zu unterbreiten. Dem sei die Fraktion KIDitiative jedoch nicht nachgekommen. Er fordere die Fraktion KIDitiative auf, nun konkrete Kürzungsvorschläge zu unterbreiten und sich dann mit den möglichen Protesten aus den Stadtteilen auseinanderzusetzen.

Herr Höring ergänzt, verkaufsoffene Sonntage seien meistens mit Festivitäten in den Stadtteilen verknüpft, die nicht nur von Bergisch Gladbachern, sondern auch von Menschen aus den umliegenden Gemeinden besucht würden. Dies sei ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und wichtig für die Attraktivität der Stadt.

Herr Sonnenberg beantragt, der Rat möge beschließen, dass statt der im Entwurf der ordnungsbehördlichen Verordnung benannten Termine pro Jahr vier Sonntage im gesamten Stadtgebiet verkaufsoffen gehalten werden sollten, und zwar zum Kirschblütenfest in Refrath, zum Schlossstadtfest in Bensberg, zum Kulturstadtfest in Gladbach und zum Dorf- und Schützenfest in Paffrath. Damit käme jedes Stadtteilzentrum einmal zum Zuge.

Für diesen Antrag stimmt die Fraktion KIDitiative. Mit Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion KIDitiative bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

12. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide -
- Beschluss zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung**

- Beschluss des ergänzten Durchführungsvertrages
- Beschluss als Satzung

Herr Dr. Baeumle-Courth äußert die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Die Anlieger der Meisheide, das FFH-Gebiet und das Stadt- und Landschaftsbild müssten geschützt werden. Der heute zur Entscheidung stehende Beschlussvorschlag sei eine „schallende Ohrfeige“ für den im Jahr 2003 gefassten strategischen Beschluss des Hauptausschusses zur Entwicklung des Gewerbegebietes rund um Bockenberg und Technologiepark. Nicht nur der Bebauungsplan sei ausschließlich für einen Investor aufgestellt, sondern nur für diesen auch eine Änderung des Flächennutzungsplanes vorgenommen worden.

Herr Schneeloch kritisiert, dass der Investor nicht auf reichlich große Flächen im Gewerbegebiet Frankenforst in unmittelbarer Autobahnnähe verwiesen worden sei. Stattdessen werde auf Grund des Wettbewerbes unter den Kommunen die Bergische Landschaft „zu Geld gemacht“ und für den Investor ein Bebauungsplan nebst Baugenehmigung für Erdarbeiten geschaffen, die dieser bewusst ignoriere und stattdessen eine Steilanschüttung errichte, womit der Tatbestand von § 319 Strafgesetzbuch erfüllt sein könnte; dies werde noch zu prüfen sein. Dieses Verhalten des Investors werde durch die Stadt noch honoriert, indem eine Anpassung des Bebauungsplanes an dessen „illegalen Schwarzbau“ vorgenommen und ihm sogar noch davor eine Baugenehmigung nach dem „für völlig andere Fälle vorgesehenen § 33 Baugesetzbuch“ erteilt werde.

Herr Lang erläutert, die von den Vorrednern benannten Gründe gegen den Bebauungsplan würden auch von der BfBB-Fraktion vertreten. Er wolle jedoch ergänzen, dass die Stadt Bergisch Gladbach ihre Planungshoheit an Investoren abgebe und diesen damit die Möglichkeit verschaffe, „ein oder zwei Millionen“ Euro an Bodengewinn zu erzielen. Auch die BfBB-Fraktion sei in erster Linie für den Schutz der Anlieger der Meisheide und dem nachrangig auch für den Schutz der Landschaft.

Herr Dr. Miede erläutert, er sei der Auffassung, dass die Ratsmitglieder ihre Entscheidungen ohne Polemik und Beleidigungen und immer in Rücksichtnahme auf die Ehrenhaftigkeit der Argumente treffen sollten. Die Mehrheitsentscheidung müsse dann auch von der ihr gegenüberstehenden Minderheit respektiert werden, wobei es durchaus legitim sei, das Verfahren einer juristischen Prüfung zu unterziehen.

Herr Ziffus entgegnet, die Ehrenhaftigkeit des Handelns dokumentiere sich nicht in Formalien, sondern in Inhalten. Im Vergabeausschuss sei zum Verfahren Asselborn vom Rechnungsprüfungsamt deutlich bemängelt worden, dass es in dem Verfahren an vielen Stellen nicht nachvollziehbar gewesen sei, „warum bestimmte Entscheidungen in eine bestimmte Richtung gefallen“ seien. Ein ähnliches Gefühl habe er im Verfahren Meisheide. Auch hier gebe es Dinge, die nicht nachvollziehbar und infolgedessen „nicht ehrenhaft“ seien. Im Einzelhandelsgutachten werde die Automeile entlang der Mühlheimer Straße als vorbildlich bezeichnet. Er frage sich, was dagegen gesprochen habe und noch immer dagegen spreche, die Planungen in Bezug auf das Porsche-Zentrum entsprechend umzulenken. Es bestünde ein weiterer Schwerpunkt im Bereich des Köttgen-Geländes. Auch dort hätte der Betrieb angesiedelt werden können. Die Ansiedlung an der Meisheide sei damit nicht nur intransparent, sondern widerspreche den städtischen Planungsgrundlagen.

Herr Orth widerspricht der Haltung von Herrn Ziffus, zur Beurteilung ehrenhaften Handelns nur inhaltliche Argumente gelten zu lassen. Dies sei eine zutiefst undemokratische Auffassung; die formalen „Spielregeln der Demokratie“ müssten von allen akzeptiert werden. Der Mehrheit die guten Absichten abzusprechen sei abwegig und könne keine Basis für eine Zusammenarbeit sein.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Die FDP-Fraktion habe alle Argumente sorgfältig abgewogen und halte den Beschlussvorschlag für eine vernünftige und angemessene Lösung. Die Stadt müsse in der derzeitigen Haushaltssituation alles tun, um ihre Gewerbesteuererinnahmen zu erhöhen.

Herr Mömkes schließt sich diesen Ausführungen für die CDU-Fraktion an. Er halte es für unerhört, dass in den Diskussionsbeiträgen von Seiten Herrn Ziffus und Herrn Schneeloch der Vorwurf einer möglichen „Maggelei“ und „Klüngelei“ angeführt worden sei. Diese Behauptungen seien absolut unsachgemäß und durch nichts zu belegen; wer derartiges nicht belegen könne, solle diese Wortwahl vermeiden.

Auch Herr Waldschmidt verwahrt sich für die SPD-Fraktion gegen die Unterstellung von „Unehrenhaftigkeit“.

Herr Rosen beantragt die namentliche Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Für diesen Antrag stimmen zehn Ratsmitglieder bei Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder.

Herr Orth lässt daraufhin über die drei Ziffern des Beschlussvorschlages einzeln abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der BfBB-Fraktion sowie gegen eine Stimme aus den Reihen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 5538 - Meisheide- gemäß § 3 Absatz 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender

- B1 Rodja-Claus Rösener wird teilweise entsprochen.**
- B2 Bürgerinitiative zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, vertreten durch Dipl.-Kff. Regine Rösener wird teilweise entsprochen.**
- B3 Rodja-Claus Rösener wird teilweise entsprochen.**
- T1 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen.**
- T2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.**
- T3 Wehrbereichsverwaltung West wird entsprochen.**

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der BfBB-Fraktion sowie gegen eine Stimme aus den Reihen der SPD-Fraktion

bei Enthaltung der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

II. Der Durchführungsvertrag vom 09.05.2008 wird mit seinen Ergänzungen zusammengefasst. Die Zusammenfassung vom 01.12.2008 wird als Ergänzungsvertrag beschlossen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der BfBB-Fraktion sowie gegen eine Stimme aus den Reihen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

III. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide - wird gemäß § 10 BauGB und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW mit seiner Begründung nach § 9 Absatz 8 BauGB und dem der Vorlage beigefügten Vorhaben- und Erschließungsplan beschlossen.

13. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

13.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.12.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

und

13.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 29.01.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

und

13.3 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 02.02.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

Herr Orth schlägt vor, über die TOP A 13.1-13.3 zusammengefasst abzustimmen, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt. Herr Orth weist ergänzend darauf hin, der Vorsitzende der Fraktion KIDitiative habe gegenüber der Verwaltung mündlich erklärt, dass die Benennung von Frau Hanna Parnow aus formalen Gründen zum 01.05.2009 erfolgen solle.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Anträge der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen werden angenommen.

14. Anträge der Fraktionen

14.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2009 zum „Konjunkturpaket II“

Herr Mumdey erläutert, er habe heute eine Mitteilung über den aktuellen Sachstand zum Zukunftsinvestitionsgesetz erhalten, weshalb er die Stellungnahme des Bürgermeisters in der Vorlage nun mündlich ergänzen wolle: Es sei bisher nicht bekannt gewesen, was die Förderbedingung „Zusätzlichkeit“ bedeute. Dies sei inzwischen in den Gesprächen zwischen Bund und Ländern geklärt worden: Zum einen dürfe die Gesamtfinanzierung eines Investitionsvorhabens nicht in einem beschlossenen und vor dem Stichtag 27.01.2009 in Kraft getretenen Haushalt gesichert sein. Die Haus-

haltungssatzung 2009 der Stadt Bergisch Gladbach sei zwar in der Sitzung des Rates am 16.12.2008 beschlossen, jedoch von der Verwaltung erst am 30.01.2008 dem Landrat angezeigt worden und damit noch nicht in Kraft getreten. Zum anderen werde die Zusätzlichkeit einer geförderten Maßnahme auch an der Investitionssumme gemessen; dazu würden die für Investitionen verausgabten Beträge des Zeitraums 2006 bis 2008 mit den geplanten Beträgen für den Zeitraum 2009 bis 2011 verglichen. Dies sei für die Stadt Bergisch Gladbach wohl nicht problematisch; in den „Nothaushaltsjahren“ habe die Stadt netto keine Kredite aufgenommen. Bisher habe auch keine Definition des Begriffs „Investition“ im Rahmen der Förderbedingungen vorgelegen. Mittlerweile bestünde auch dazu Klarheit; es finde nicht die enge NKF-Definition, sondern die Definition des Bundesrechtes Anwendung. Zum Verfahren sei mittlerweile außerdem geklärt, dass im Jahr 2009 für die zu 100% aus Mitteln des Zukunftsinvestitionsgesetzes geförderten Maßnahmen kein Nachtragshaushalt erforderlich sei. Es reiche, wenn der Rat über- bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellungen beschließe. Die exakten Förderbedingungen seien jedoch noch nicht bekannt. Es bestünden auch noch einige Problemfelder. Beispielsweise könne nach Art. 104b Grundgesetz der Bund den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen nur insoweit gewähren, als das Grundgesetz ihm Gesetzgebungsbefugnisse verleihe. In § 3 des Zukunftsinvestitionsgesetzes würden z.B. Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur in „Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur, Schulinfrastruktur (insbesondere energetische Sanierung) usw.“ aufgeführt. Der Bund habe keine Gesetzgebungsbefugnis für den Bereich „allgemeinbildende Schulen“. Deshalb sei im Zukunftsinvestitionsgesetz zum Bereich „Bildung“ stets der Hinweis auf „energetische Sanierung“ aufgeführt, denn für diesen Bereich gebe es Kompetenztitel des Bundes. Am Mittwoch, dem 18.02.2009 fänden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Verwaltungsvereinbarung statt, am 20.02.2009 werde diese im Bundesrat behandelt. Danach würden sicherlich wiederum neue Informationen vorliegen.

Herr Dr. Fischer fragt, ob auch Maßnahmen gefördert werden könnten, deren Gesamtvolumen deutlich oberhalb der Fördergrenze liege, ob also eine „Teilförderung“ bei gleichzeitiger Finanzierung eines höheren Eigenanteils durch die Stadt möglich sei.

Herr Mumdey antwortet, dies sei sicherlich nicht möglich bei Maßnahmen, die schon aus anderen Fördertöpfen vom Bund gefördert würden; in Bezug auf andere Maßnahmen sei er jedoch zuversichtlich, dass dies möglich sei.

Herr Sonnenberg bittet um eine Schätzung des Gesamteigenanteils der Stadt Bergisch Gladbach und um Darstellung, wie dieser Eigenanteil ohne Nachtragshaushalt finanziert werden solle.

Herr Lang fragt ebenfalls, wie es möglich sein solle, die erheblichen zusätzlichen Investitionen ohne Änderung der Haushaltssatzung vorzunehmen.

Herr Ziffus erläutert, die Stadt solle sich darauf konzentrieren, die städtischen Schulgebäude mit den Fördermitteln nach dem Vorbild der Berufsschule energetisch zu sanieren.

Herr Waldschmidt fragt, ob Maßnahmen, für die Verpflichtungsermächtigungen aus 2008 (Beispiel „Mohnweg“) vorlägen, die Fördervoraussetzung „Zusätzlichkeit“ er-

füllen würden.

Herr Dr. Miede erläutert, der zuständige Finanz- und Liegenschaftsausschuss solle ein Konzept erarbeiten, sobald die exakten Förderbedingungen bekannt seien. Bis dahin erübrige sich eine Beratung im Rat. Er bitte darum, dies zu berücksichtigen.

Herr Mumdey antwortet zusammenfassend, der Mohnweg werde vermutlich aus der Förderung herausfallen, denn durch Verpflichtungsermächtigungen sei eine Gesamtfinanzierung durch einen bereits beschlossenen und in Kraft getretenen Haushalt praktisch gesichert. Die Frage, ob und in welcher Höhe Eigenanteile geleistet werden müssen, sei in Gesprächen insbesondere von den Nothaushaltskommunen problematisiert worden, die keine Eigenanteile aufbringen können. Nach seinen bisherigen Erkenntnissen solle es lediglich pauschale Zuschüsse mit Zweckbestimmung ohne Bindung an Einzelmaßnahmen geben. Er sei zuversichtlich, dass den Kommunen diesbezüglich keine Steine in den Weg gelegt würden. Ein Nachtragshaushalt sei, wie bereits erwähnt, nach bisherigen Informationen für die Maßnahmen nicht erforderlich, sondern ein Ratsbeschluss über eine über- bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellung. Er bitte um Verständnis, dass den Kommunen bisher keine Details vorlägen.

Herr Schwamborn fragt, ob Maßnahmen, die im Haushalt 2009 bereits geplant seien, das Merkmal der „Zusätzlichkeit“ erfüllen würden.

Herr Mumdey antwortet, dass dies, wie bereits erwähnt, nach bisherigen Kenntnissen der Fall sein werde, da der Haushalt 2009 zum Stichtag 27.01.2009 noch nicht in Kraft getreten sei.

Herr Schmickler ergänzt für den Bereich des Vergaberechts, die Europäische Kommission habe bereits Verfahrensverkürzungen im europäischen Vergaberecht signalisiert, was auf Grund der hohen Wertgrenzen jedoch nur sehr große Maßnahmen betreffe. Für kleinere Maßnahmen bestünden übereinstimmende Aussagen von Bund und Land dahingehend, dass es befristet möglich sein werde, beschränkte Ausschreibungen bis zu einer Wertgrenze von 1 Million EUR und freiwillige Vergaben bis zu einer Wertgrenze von 100.000,- EUR durchzuführen. Es werde daher nötig werden, diese Möglichkeiten in die städtischen Vergabevorschriften durch entsprechende Beschlüsse zu übernehmen.

Herr Orth ergänzt, die Verwaltung werde schnell und präzise handeln und dem Rat und seinen Gremien im Sitzungsturnus April entsprechende Vorschläge zum Vergabeverfahren und zu Inhalten und Finanzierung unterbreiten.

Herr Mömkes bittet trotz der umfangreichen Ausführungen der Verwaltung um einen Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion, damit ein klarer Auftrag erteilt werde.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird angenommen.

8. Einwohnerfragestunde

Da der Fragesteller Herr Hoffmann nicht im Sitzungssaal anwesend ist, verliert Herr

Orth dessen Einwohnerfragen zu einer Contracting-Maßnahme der Stadt und die dazugehörigen Antworten:

Frage von Herrn Hoffmann:

„Was bedeutet der Begriff Forfaitierung?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Forfaitierung beschreibt den Ankauf (längerfristiger) Forderungen gegen einen Drittschuldner aus Warenlieferungen oder Dienstleistungen durch ein Finanzierungsinstitut.“

Frage von Herrn Hoffmann:

„Wie hoch ist das Auftragsvolumen in Euro?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Das Auftragsvolumen beträgt 465.000,- EUR.“

Frage von Herrn Hoffmann:

„Ist diese Maßnahme europaweit ausgeschrieben worden?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Ja.“

Frage von Herrn Hoffmann:

„Ist der Stadt Bergisch Gladbach das Gesamtvolumen von Contracting in Euro aller bisherigen Maßnahmen bekannt?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Ja.“

14.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.02.2009 zur Überprüfung des Stadtgebietes auf Unterschutzstellung ortsbildprägender Bauten und Bereiche und damit eine mögliche Erweiterung der Denkmalliste

Herr Dr. Baeumle-Courth plädiert dafür, dem Vorschlag der Verwaltung nicht zu folgen und stattdessen eine Verweisung an den zuständigen Fachausschuss zu beschließen. Er halte die Entscheidung darüber, was mit welchen Maßnahmen geschützt werden soll, nicht für ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung; daher solle der Planungsausschuss mit dem Antrag betraut werden.

Herr Waldschmidt signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu einer Verweisung an den Planungsausschuss.

Frau Graner stimmt diesen Aussagen zu. Der Denkmalschutz habe in Bergisch Gladbach keine Lobby; daran müsse man arbeiten. Das Beispiel „Kradepohl“ könne hier jedoch nicht angeführt werden, denn gerade dieses Gebäude sei geprüft und für nicht denkmalschutzwürdig befunden worden. Dennoch sei das Anliegen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN richtig; der Bergische Geschichtsverein biete gerne seine ehrenamtliche Unterstützung an.

Herr Lang äußert seine Verwunderung über die Diskussion. Der Antrag sei ohne Aussprache an den zuständigen Fachausschuss zu überweisen.

Herr Orth entgegnet, die Reichweite des Denkmalschutzes sei begrenzt. Ein Erhalt des Gebietscharakters der Gronauer Waldsiedlung beispielsweise sei eine Aufgabe der Bauleitplanung, entziehe sich der Reichweite des Denkmalschutzes und werde damit vom Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht erfasst; die Stellungnahme der Verwaltung in der Vorlage sei also zutreffend.

Herr Dr. Kassner verweist auf den letzten Absatz der Stellungnahme der Verwaltung in der Vorlage, in dem die Verwaltung argumentiere, dass sie den Forderungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der laufenden Verwaltungspraxis bereits entspreche. Er wolle wissen, warum der Bürgermeister nunmehr genau andersherum argumentiere.

Herr Orth antwortet, im Bereich Denkmalschutz gebe zwar sicherlich Handlungsbedarf. Dies sei jedoch mit den von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragten Mitteln nicht zu erreichen.

Herr Ziffus entgegnet, es gebe unendlich viele Stellen, für die man nicht nur eine Diskussion über die aktuelle Denkmalwürdigkeit führen müsse, sondern auch darüber, ob man bereit sei, bestimmte prägende städtebauliche Ensembles über die Bauleitplanung wiederherzustellen.

Herr Orth antwortet, genau das habe er gesagt. Dies lasse sich nicht mehr mit dem Denkmalschutz bewältigen, sondern nur mit Bauleitplanung, was jedoch nicht Inhalt des Antrages der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei. Vor dem Hintergrund des Diskussionsverlaufes schlage er jedoch vor, den Antrag an den Planungsausschuss zu überweisen.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird an den Planungsausschuss überwiesen.

14.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.02.2009 zur Wiedereinführung der Baumschutzsatzung

Herr Mömkes bittet die Verwaltung um Überprüfung, wie sich die Abschaffung der Baumschutzsatzung in den vergangenen Jahren auf die Begrünung im Stadtgebiet ausgewirkt habe.

Der Rat überweist den Antrag ohne Aussprache einvernehmlich an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.

15. Anfragen der Ratsmitglieder

15.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.02.2009 zum Thema „E-Government in Bergisch Gladbach“

und

15.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.02.2009 zum Thema „Verwaltungssuchmaschine NRW“

und

15.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.02.2009 zum Thema „Mobile Knöllchen“

Der Rat nimmt die schriftlichen Antworten des Bürgermeisters zur Kenntnis.

15.4 Mündliche Anfragen

Herr Galley: Anfrage zur Straße Kippekausen

Herr Galley erläutert, die zulässige Höchstgeschwindigkeit im unteren Teil der Straße Kippekausen (am Friedhof) werde von vielen Verkehrsteilnehmern nicht beachtet. Er bittet um Antwort, wann die alternierenden Parkbuchten in diesem Straßenabschnitt markiert würden.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Frau Hammelrath: Anfrage zur Grundschule Katterbach

Frau Hammelrath erläutert, an der Grundschule Katterbach fänden Trainingseinheiten von Sportvereinen für Kinder statt. Es sei an sie herangetragen worden, der Schulhausmeister sei nicht bereit, neben den Jungenduschen auch die Mädchenduschen zu öffnen, so dass die Mädchen entweder warten oder gleichzeitig mit den Jungen die Duschen nutzen müssten. Sie fragt, ob dem abgeholfen werden könne.

Herr Orth antwortet, er werde sicherstellen, dass auch die Mädchenduschen geöffnet würden.

Herr Ziffus: Anfrage zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude

Herr Ziffus fragt, in welcher Form die Stadt Zuschüsse aus dem CO₂-Minderungs-Programm der Bundesregierung nutze und ob es geplant sei, diese Zuschüsse auch weiterhin zu nutzen. Es sei zudem bekannt, dass bei Neubauten und ab dem Jahr 2015 auch an bestehenden Gebäuden bestimmte Anteile aus regenerativen Energiequellen bzw. aus Kraft-Wärme-Kopplung gewonnen werden müssen. Er fragt, wie die Stadt bereits regenerative Energiequellen bzw. Kraft-Wärme-Kopplung nutze und was ab 2015 geplant sei. Außerdem sei das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz zu Beginn des Jahres geändert worden. Er fragt, wie sich dieses neue Gesetz auf die Einrichtung von Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden auswirke, wobei er daran erinnere, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Vergabeausschuss immer wieder darauf hingewiesen habe, keine konventionellen, sondern Kraft-Wärme-Kopplungs-Heizanlagen zu beschaffen.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Ziffus: Anfrage zu den Kämpfen in Bergisch Gladbach am 13. und 14.04.1945

Herr Ziffus fragt, ob es dem Stadtarchiv möglich sei, Informationen zu den Kämpfen in Bergisch Gladbach am 13. und 14.04.1945 zu beschaffen, und zwar darüber, ob es zutreffe, dass es bei den Kämpfen darum ging, der Gestapo Zeit zu verschaffen, ihre im Haus Haniel an der Dhünn ausgelagerten Akten vernichten zu können. Es sei bekannt, wie viele Deutsche bei den Kämpfen getötet wurden. Er bittet zusätzlich um Auskunft, ob es auch auf Seiten der Amerikaner Tote und Verletzte gegeben habe und wenn „ja“, wie viele.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Mömkes: Anfrage zu einem Antrag der CDU-Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zur energetischen Gebäudesanierung

Herr Mömkes erläutert, die CDU-Fraktion habe schon vor einiger Zeit im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einen Antrag gestellt, städtische Gebäude energetisch zu sanieren. Der Antrag sei mehrheitlich angenommen worden. Bisher habe er jedoch nichts über die Ausführung des Antrages gehört. Er bittet um einen schriftlichen Sachstandsbericht.

Herr Nagelschmidt fragt ergänzend, ob für die städtischen Gebäude bereits Energieausweise ausgestellt worden seien und ob es geplant sei, die zuständigen Ausschüsse darüber zu informieren. Nach seiner Kenntnis laufe die entsprechende Frist noch in diesem Jahr ab.

Herr Martmann antwortet, die Fristen würden eingehalten und die Ausschussmitglieder mittels einer Ergebnisliste über die Gebäudeuntersuchungen informiert.

Herr Mömkes: Anfrage zur Verlagsgruppe Lübbe

Herr Mömkes erläutert, er habe aus der Presse erfahren, dass die Verlagsgruppe Lübbe die Stadt Bergisch Gladbach Ende 2009 verlassen werde. Er bittet um Auskunft, seit wann der Bürgermeister von diesem Umstand wisse und was unternommen worden sei, die Firma zu einem Verbleib in Bergisch Gladbach zu bewegen.

Herr Orth antwortet, er wisse seit Mitte letzter Woche von der endgültigen Umzugsentscheidung der Verlagsgruppe. Seit ca. neun Monaten liefen Bemühungen der Verwaltung, die Firma in Bergisch Gladbach zu halten.

Herr Mömkes: Anfrage zum Anschluss der Ortslage Broichhausen an die öffentliche Wasserversorgung

Herr Mömkes erläutert, der Bürgermeister habe zum Thema Anschluss der Ortslage Broichhausen an die öffentliche Wasserversorgung einen „runden Tisch“ gefordert. Er bittet um eine Sachstandsmitteilung.

Herr Orth antwortet, die Gemeinde Kürten habe ihre Teilnahmebereitschaft signalisiert. Einen genauen Termin für die Gespräche könne er heute noch nicht benennen;

diese würden jedoch in allernächster Zeit stattfinden.

Herr Höring: Anfrage zum Mobilen Bürgerbüro

Herr Höring erläutert, er habe auf der Homepage der Stadt gelesen, dass das Mobile Bürgerbüro in der Bensberger Bank „boome“ und dass auch die Räumlichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern sehr positiv bewertet würden. Er bittet um Auskunft, ob die Öffnungszeiten des Mobilen Bürgerbüros in Bensberg ausreichen würden sowie um Auskunft über die aktuellen Besucherzahlen und die durchschnittliche Wartezeit pro Besucher.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zum Denkmalschutz

Frau Beisenherz-Galas erläutert, sie habe aus der Presse erfahren, dass der denkmalgeschützte „Waatsack“ eventuell abgerissen werden soll. Sie fragt, ob dies rechtlich überhaupt möglich sei.

Herr Schmickler antwortet, dies sei grundsätzlich möglich, wenn der Eigentümer mit Gutachten und Gerichtsverfahren erfolgreich eine aus Denkmalschutzgründen verweigerte Abbruchgenehmigung erstreite. Ein Eigentümer könne ein Gebäude natürlich so betreiben, dass dieses auf Dauer seine Denkmaleigenschaft verliere. Dies sei jedoch keine Aussage zum Zustand des Denkmals „Waatsack“; dieses werde nach seiner Kenntnis bis heute ordentlich unterhalten, so dass er nicht erkennen könne, dass die Gründe, die zu der Unterschutzstellung geführt hätten, heute nicht mehr vorlägen.

Herr Kamp: Anfrage zum Wegzug weiterer Unternehmen aus Bergisch Gladbach

Herr Kamp fragt, ob dem Bürgermeister bekannt sei, dass auch die Firma S & R Siebdruck die Stadt verlassen und dass die Schiffmann-Gruppe ihren Unternehmenssitz nach Rösrath verlegen wolle.

Herr Schmickler antwortet, auch dies sei der Verwaltung schon seit längerem bekannt und der Druckerei seien alternative Standorte im Stadtgebiet angeboten worden. Die Stadt habe alles getan, was in ihren Möglichkeiten gestanden habe, woran er selbst und weitere heute Anwesende beteiligt gewesen seien.

Herr Kamp fragt, ob in Bezug auf die Abwerbung von Unternehmen zwischen den Kommunen in der Region eine Konkurrenzsituation bestehe, was von Herrn Schmickler bejaht wird.

Herr Dr. Kassner: Anfrage zur Fällung von Bäumen auf dem Schulgelände an der Steinbreche

Herr Dr. Kassner bittet um eine Begründung, warum auf dem Schulgelände an der

Steinbreche kürzlich etliche Bäume gefällt worden seien und um Auskunft, ob dies rechtmäßig gewesen sei. Die Fällung könne zwar ökologisch notwendig gewesen sein, allerdings sei ein Teil des Schulgeländes Naturschutzgebiet, ein anderer Teil Feuchtgebiet.

Herr Schmickler antwortet, es handele sich bei dem Gelände nicht um ein Naturschutzgebiet. Die Anfrage von Herrn Dr. Kassner ziele auf eine Regelung im Bebauungsplan ab, in dem ein Feuchtgebiet ausgewiesen sei. In Bezug auf die übrigen Teilfragen werde die Anfrage schriftlich beantwortet.

Herr Schütz: Anfrage zur Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Asselborn

Herr Schütz fragt zur Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Asselborn, ob es zutreffe, dass es Bauvoranfragen/Bauanträge gegeben habe und falls „ja“, ob und wann diese entschieden/beschieden worden seien.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.